



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf



08. Oktober 2018

Seite 1 von 7

280-fach (für alle Mitglieder des Landtags)

Zusammenfassender Bericht zur Telekommunikations- und Wohnraumüberwachung für das Jahr 2017

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

wie in den vergangenen Jahren informiere ich nachfolgend zusammenfassend für das Jahr 2017 über alle

- Telekommunikations- und Wohnraumüberwachungsmaßnahmen sowie Erhebungen von Verkehrsdaten zum Zwecke der Strafverfolgung (§§ 100a, 100c, 100g StPO),
- Maßnahmen zur Wohnraumüberwachung im Rahmen der Gefahrabwehr (§ 18 PolG NRW) sowie
- Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen des Verfassungsschutzes sowie Abfrage von zu Abrechnungszwecken erhobenen Verbindungs-/Verkehrsdaten (§ 5 Abs. 2 Nr. 10, § 5 Abs. 2 Nr. 14, §§ 5b, 7a, 7c VSG NRW, § 96 TKG).

Zu sämtlichen Maßnahmen wurde bereits verschiedenen Ausschüssen bzw. Gremien des Landtags berichtet (Rechtsausschuss, Innenausschuss, Parlamentarisches Kontrollgremium).

In Abstimmung mit dem Minister der Justiz teile ich Ihnen für das Jahr 2017 folgende Zahlen mit:

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



I. Überwachung Telekommunikation gem. § 100a StPO

Seite 2 von 7

- Anzahl der Verfahren: 376
- Anzahl der Überwachungsanordnungen, unterschieden nach:
 - Erstanordnungen 1.495
 - Verlängerungsanordnungen 278
- Anzahl der Überwachungsanordnungen, unterschieden nach Art der zu überwachenden Kommunikation (Mehrfachnennungen möglich):
 - Festnetztelekommunikation 145
 - Mobilfunktelekommunikation 1.541
 - Internettelekommunikation 255
- Anlassstrafataten nach Maßgabe der Unterteilung in § 100a StPO (Mehrfachnennungen möglich):

1	Straftaten des Friedensverrats, des Hochverrats und der Gefährdung des Rechtsstaats oder des Landesverrats und der Gefährdung der äußeren Sicherheit (§ 100a Abs.2 Nr. 1a StPO)	38
2	Abgeordnetenbestechung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 b StPO)	0
3	Straftaten gegen die Landesverteidigung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1c StPO)	0
4	Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1d StPO)	87
5	Geld- und Wertzeichenfälschung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1 e StPO)	11
6	Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1f StPO)	14
7	Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornografischer Schriften (§ 100a Abs. 2 Nr. 1g StPO)	1
8	Mord und Totschlag (§ 100a Abs. 2 Nr. 1h StPO)	94
9	Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§ 100a Abs. 2 Nr. 1i StPO)	69



10	Bandendiebstahl und schwerer Bandendiebstahl (§ 100a Abs. 2 Nr. 1j StPO)	286
11	Straftaten des Raubes und der Erpressung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1k StPO)	104
12	Gewerbsmäßige Hehlerei, Bandenhehlerei und gewerbsmäßige Bandenhehlerei (§ 100a Abs. 2 Nr. 1l StPO)	21
13	Geldwäsche und Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte (§ 100a Abs. 2 Nr. 1m StPO)	31
14	Betrug und Computerbetrug (§ 100a Abs. 2 Nr. 1n StPO)	136
15	Subventionsbetrug (§ 100a Abs. 2 Nr. 1o StPO)	0
16	Sportwettbetrug und Manipulation von berufssportlichen Wettbewerben (§ 100a Abs. 2 Nr. 1p StPO)	0
17	Straftaten der Urkundenfälschung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1q StPO)	24
18	Bankrott (§ 100a Abs. 2 Nr. 1r StPO)	0
19	Straftaten gegen den Wettbewerb (§ 100a Abs. 2 Nr. 1s StPO)	0
20	Gemeingefährliche Straftaten (§ 100a Abs. 2 Nr. 1t StPO)	33
21	Bestechlichkeit und Bestechung (§ 100a Abs. 2 Nr. 1u StPO)	22
22	Steuerhinterziehung (§ 100a Abs. 2 Nr. 2a StPO)	100
23	Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel (§ 100a Abs. 2 Nr. 2b StPO)	0
24	Steuerhehlerei (§ 100a Abs. 2 Nr. 2c StPO)	85
25	Straftaten aus dem Anti-Dopinggesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 3 StPO)	0
26	Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragsstellung (§ 100a Abs. 2 Nr. 4a StPO)	0
27	Gewerbs- und bandenmäßige Verleitung zur missbräuchlichen Asylantragsstellung (§ 100a Abs. 2 Nr. 4b StPO)	2
28	Einschleusen von Ausländern (§ 100a Abs. 2 Nr. 5a StPO)	35
29	Einschleusen mit Todesfolge und gewerbsmäßiges und bandenmäßiges Einschleusen (§ 100a Abs. 2 Nr. 5b StPO)	0
30	Straftaten nach dem Außenwirtschaftsgesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 6 StPO)	0



31	Straftaten nach einer in § 29 Abs. 3 Satz 2 Nr. 1 Betäubungsmittelgesetz in Bezug genommenen Vorschrift unter den dort genannten Voraussetzungen (§ 100a Abs. 2 Nr. 7a StPO)	49
32	Straftaten nach den §§ 29a, 30 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 sowie den §§ 30a und 30b Betäubungsmittelgesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 7b StPO)	567
33	Straftaten nach dem Grundstoffüberwachungsgesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 8 StPO)	0
34	Straftaten nach § 19 Abs. 1 bis 3 und § 20 Abs. 1 und 2 sowie § 20a Abs. 1 bis 3 Kriegswaffenkontrollgesetz, jeweils auch in Verbindung mit § 21 Kriegswaffenkontrollgesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 9a StPO)	0
35	Straftaten nach § 22a Abs. 1 bis 3 Kriegswaffenkontrollgesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 9b StPO)	7
36	Neue psychoaktive Substanzen (§ 100a Abs. 2 Nr. 9a StPO)	0
37	Völkermord (§ 100a Abs. 2 Nr. 10a StPO)	0
38	Verbrechen gegen die Menschlichkeit (§ 100a Abs. 2 Nr. 10b StPO)	0
39	Kriegsverbrechen (§ 100a Abs. 2 Nr. 10c StPO)	0
40	Verbrechen der Aggression (§ 100a Abs. 2 Nr. 10d StPO)	0
41	Straftaten nach § 51 Abs. 1 bis 3 Waffengesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 11a StPO)	4
42	Straftaten nach § 52 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d sowie Abs. 5 und 6 Waffengesetz (§ 100a Abs. 2 Nr. 11b StPO)	12

Seite 4 von 7

II. Erhebung von Verkehrsdaten gemäß § 100g StPO

- Anzahl der Verfahren: 1.580
- Anzahl der Anordnungen zur Erhebung von Verkehrsdaten, unterschieden nach
 - Erstanordnungen: 2.161
 - Verlängerungsanordnungen: 131
- Anlassstrafaten



▪ nach § 100g Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 StPO:	1.960	Seite 5 von 7
▪ nach § 100g Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StPO:	321	

Elf Verlängerungsanordnungen sind nicht zuordenbar.

- Alter der abgefragten Verkehrsdaten:
 - bis zu einem Monat: 1.262
 - bis zu zwei Monate: 101
 - bis zu drei Monate: 466
 - bis zu vier Monate: 15
 - bis zu fünf Monate: 4
 - bis zu sechs Monate: 85
 - bis zu sieben Monate: 75
 - mehr als sieben Monate: 11
 - Abfragen von nur künftig anfallenden Verkehrsdaten: 262

Elf Verlängerungsanordnungen sind nicht zuordenbar.

- Anzahl der ergebnislos gebliebenen Maßnahmen, weil die abgefragten Daten ganz oder teilweise nicht verfügbar waren: 186

III. Akustische Wohnraumüberwachung gemäß § 100c Abs. 2 Nr. 1f StPO

- Anzahl der Verfahren: 1

IV. Akustische Wohnraumüberwachung zur Gefahrenabwehr durch die Polizei (§ 18 PolG NRW)

- Anzahl der Verfahren: 1

V. Telekommunikationsüberwachung durch die Verfassungsschutzbehörde (§ 5 Abs. 2 Nr. 10, §§ 5b, 7a VSG NRW)

- Anzahl der Verfahren: 22
- Davon im Berichtszeitraum neu angeordnet: 12



- Anzahl der Betroffenen: 52
- Die Maßnahmen sind den Phänomenbereichen Rechtsextremismus, Islamismus oder Linksextremismus zuzurechnen oder dienten der Beobachtung von sicherheitsgefährdenden oder geheimdienstlichen Tätigkeiten für eine fremde Macht (Spionageabwehr).
 - Ausgangspunkte der Maßnahmen im Bereich des Rechtsextremismus waren tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung und der Vorbereitung von Anschlägen.
 - Ausgangspunkte der Maßnahmen im Bereich des islamistischen Extremismus waren tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der Bildung oder Unterstützung islamistischer terroristischer Organisationen im In- und im Ausland zur Vorbereitung/Durchführung von Anschlägen, der Rekrutierung und Unterstützung von Kämpfern für den Jihad und/oder der Ausreisvorbereitungen zwecks Anschlusses an eine terroristische Vereinigung im Ausland.
 - Ausgangspunkte der Maßnahmen aus dem Bereich der Spionageabwehr waren tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht der geheimdienstlichen Agententätigkeit.
 - Ausgangspunkte der Maßnahmen aus dem Bereich Linksextremismus waren tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die Betroffenen Mitglied einer Vereinigung sind, deren Zweck darauf ausgerichtet ist, Straftaten zu begehen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.
- Zu sechs Maßnahmen aus den Vorjahren erfolgten Mitteilungen an Betroffene. In den übrigen Fällen unterblieben diese mit Billigung der G 10-Kommission vorläufig oder endgültig, da hierdurch



der Zweck der Beschränkungsmaßnahmen gefährdet gewesen wäre.

Seite 7 von 7

**VI. Abfrage von zu Abrechnungszwecken erhobenen Verbindungs-/
Verkehrsdaten durch die Verfassungsschutzbehörde (§ 5 Abs. 2 Nr.
14; §§ 5b, 7c, 7a VSG NRW, § 96 TKG)**

- Anzahl der Anordnungen und Verfahren: 0

Sollte es Nachfragen zu den Einzelheiten der Verfahren geben, sind Herr Minister der Justiz Biesenbach und ich gerne bereit, in den jeweils zuständigen Gremien in nichtöffentlicher Sitzung weitere Auskünfte zu geben.

Mit freundlichen Grüßen



Herbert Reul